

An
Oberbürgermeister Dirk Elbers
Vorsitzender des Rates

Anfrage

Anfrage aus aktuellem Anlass der SPD-Ratsfraktion: Einwendungen gegen das geplante Kohlekraftwerk in Krefeld

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der SPD-Fraktion bitten wir Sie, folgende Anfrage aus aktuellem Anlass auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 08. Juli 2010 zu nehmen.

Am 01. Juli 2010 war der Presse zu entnehmen, dass die Landeshauptstadt Düsseldorf eine Verlängerung zur Abgabe einer Stellungnahme zum Bau des Kohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen bei der Bezirksregierung Düsseldorf beantragt hat. Der Stadt wurde die Möglichkeit eingeräumt, die schriftliche Stellungnahme auch noch zu einem späteren Zeitpunkt einzureichen.

Die Stadtwerke Düsseldorf AG haben die Pläne für den Neubau eines Kohlekraftwerks am Standort „An der Lausward“ aufgegeben und planen nunmehr den Bau eines modernen Gas- und Dampfturbinenkraftwerks (GuD). Beim Bau eines Kohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen steht zu erwarten, dass die von diesem Kraftwerk ausgehenden Emissionen bis nach Düsseldorf reichen und damit alle bisher erreichten Fortschritte zur Luftreinhaltung (Gase, Feinstäube etc.) im Stadtgebiet mit einem Schlag zunichte machen. Daher müssen zum Wohle der Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger alle Maßnahmen ergriffen werden, dass für den Standort in Krefeld-Uerdingen ein Kraftwerk mit den geringst möglichen Emissionen geplant und errichtet wird.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Sprechen aus fachlicher Sicht der Verwaltung Gründe gegen den Bau eines Kohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen und wie beabsichtigt die Verwaltung den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gesundheit gefährdenden Immissionen in Düsseldorf dauerhaft zu gewährleisten?
2. Wird die Verwaltung ihre schriftliche Stellungnahme so rechtzeitig bei der Bezirksregierung Düsseldorf einreichen, damit sichergestellt ist, dass diese Stellungnahme im weiteren Verfahren berücksichtigt wird?
3. Werden Vertreter der Verwaltung am Erörterungstermin (20. September 2010) bei dem Regierungspräsidenten teilnehmen und wie und in welcher Form werden die Bürgerinnen und Bürger sowie die Fraktionen im Rat der Stadt über das Ergebnis und dem weiteren Verfahrensablauf informiert?

Weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.